

Buchbesprechungen

Götz Nordbruch

NAZISM IN SYRIA AND LEBANON. The ambivalence of the German option, 1933–1945, London/New York 2009, Routledge, 210 S., 99,90 EUR.

Der Islamwissenschaftler Götz Nordbruch, der derzeit an der Universität Odense tätig ist, hat nun seine Dissertation über die Rezeption des Nationalsozialismus in Syrien und im Libanon als Buch herausgegeben. Nordbruch, der sich bereits seit Jahren mit Fragen des Antisemitismus und der Holocaust-Rezeption in der Arabischen Welt beschäftigt, legt damit ein ebenso umfassendes wie differenziertes Bild der politischen Debatten in diesen beiden französischen Mandatsgebieten vor. Neben der Fülle an aufgearbeitetem Material, das auch Zwischentöne sichtbar macht, wird in dieser Arbeit vor allem eines erneut empirisch belegt: Die arabischen Gesellschaften des Nahen Ostens waren politisch genauso pluralistisch wie die europäischen. Sympathisanten des italienischen Faschismus und des deutschen Nationalsozialismus standen starke antifaschistische Kräfte gegenüber. Arabische Nationalisten wie der Mufti von Jerusalem Haj Amin al-Husseini oder der Gründer der Syrischen Nationalistischen Partei Antun Saada glitten nicht quasi unverschuldet aus der Logik, dass der Freund meines Feindes mein Freund wäre, in die Kollaboration mit Nazideutschland, sondern taten dies aus freien Stücken und aus politischer Überzeugung, genauso wie marxistische Bewegungen diesen Tendenzen Widerstand entgegensetzten. Diese Selbstverständlichkeit, die allerdings in der europäischen Wahrnehmung des Nahen Ostens nur allzu oft hinter pauschalisierenden Verurteilungen oder ebenso pauschalisierenden Entschuldigungen verschwindet, bildet vielleicht die wichtigste Kernaussage dieses Buches.

Nicht weniger interessant ist allerdings die Fülle an Details, die Nordbruch vielfach zum ersten Mal der westlichen Wissenschaft zugänglich macht. Man liest aus seiner dichten empirischen Beschreibung Seite für Seite die langen und umfassenden Recherchen im Libanon, in Syrien, Frankreich und Deutschland, die längst vergessene Debatten und Auseinandersetzungen rekonstruierbar machen. Sichtbar wird dies nicht nur bei den innerarabischen Debatten über die Ansiedlung von Jüdinnen und Juden in Palästina, sondern etwa auch über das Verhältnis zum faschistischen Italien bzw. über die Reaktion auf die extrem repressive Behandlung des libyschen Widerstands durch die italienischen Kolonialherren oder das Verhältnis zum französischen Widerstand bzw. zur Vichy-Kollaborationsregierung.

Immer wieder kommt Nordbruch auch auf den Widerstand vor allem kommunistischer Intellektueller gegen die

profaschistischen Gruppierungen zu sprechen. Deutlich wird diesbezüglich die Bedeutung des Spanischen Bürgerkriegs zur Mobilisierung antifaschistischer Kräfte. Erwähnt wird etwa die von Khalid Bakdash, dem Generalsekretär der Syrischen Kommunistischen Partei herausgegebene Monografie „Die Araber und der Spanische Bürgerkrieg“ (S. 68) oder die erste Syrisch-Libanesische Konferenz gegen Faschismus im Mai 1939 – ein Engagement, das nach der Kapitulation Frankreichs und der Übernahme der Protektoratsverwaltung durch das Vichy-Regime für viele AktivistInnen politische Gefangenschaft bedeutete.

Nordbruch verzichtet in seiner detailreichen Rekonstruktion unterschiedlichster öffentlicher Debatten allerdings auch nicht auf Differenzen innerhalb arabisch-nationalistischer und islamistischer Bewegungen. Dabei wird auch die Rivalität zwischen Deutschland und Italien um die verschiedenen arabisch-nationalistischen Gruppen deutlich. Den italienischen Ambitionen standen jedoch die eigenen imperialistischen Bestrebungen im Mittelmeerraum, insbesondere die italienische Libyen-Politik, im Wege, die auch durch die Anstrengungen Italiens bei der Unterstützung des palästinensischen Aufstands nicht wettgemacht werden konnten: „As a confirmation of Mussolini's self-depiction as a ‚protector of Islam‘, which he had again painted during a ceremony in Libya in March 1937, even the circulation of unproven rumours about an Italian involvement turned out to serve Italian interests. However, in the light of a long-established public objection against Italian ambitions in the Mediterranean and frequent protests against the Italian occupation of Libya and Abyssinia, the ultimate success of these efforts to improve the Italian image remained limited.“ (S. 62)

Für arabische Nationalisten, die faschistische Bewegungen in Europa für die Arabische Welt adaptieren wollten, bildete damit das deutsche Vorbild, die wesentlich attraktivere Alternative. Anfangs noch aus Rücksicht auf den italienischen Verbündeten etwas zurückhaltend, nahm so das deutsche Engagement in der Region mit dem Fortschreiten des Krieges, insbesondere mit Beginn des deutschen „Afrikafeldzuges“ 1940 deutlich zu. Nordbruch fokussiert dabei vor allem auf die Akteure in der Region und auf deren Versuche, deutsche Unterstützung zu erhalten. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass sich der Großteil dieser arabischen Nationalisten trotz ihrer Versuche, mit Deutschland zusammenzuarbeiten, nicht einfach als Kopisten des deutschen Modells sah, sondern auf die Authentizität ihrer Vorstellungen bestand. Nordbruch attestiert hier eine „ambivalence of many contemporary thinkers with regard to their very own references to non-local intellectual sources“ (S. 136). Die Übernahme nationalsozialistischer Ideologeme habe jedoch nichtsdesto-

trotz deutliche Spuren in diesen Bewegungen hinterlassen.

Mit dem Näherrücken der deutschen Front im Kaukasus und in Nordafrika verstärkten sich allerdings auch die antifaschistischen Aktivitäten arabischer Linker. Begünstigt wurde dies durch die Eroberung Syriens und des Libanon durch britische Truppen und Verbände der *Forces Françaises Libres* zeitgleich mit dem Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion. Die neue Protektoratsverwaltung enthaftete viele politische Gefangene. Antifaschistische Gruppen stellten sich hinter die Alliierten. Es blieb jedoch nicht bei der Mobilisierung der linken arabischen Organisationen. Nicht zuletzt die Gefahr für die Sowjetrepublik Armenien durch das Vordringen der Deutschen im Kaukasus mobilisierte auch große Teile der armenischen Bevölkerung Syriens und des Libanon, großteils Überlebende des Genozids von 1915. Neben einer Liga gegen Nazismus und Faschismus entstand so eine Liga für die Verteidigung Armeniens, die stark von linken armenischen Parteien wie der *Hinschak* getragen war. Getragen von prominenten marxistischen Intellektuellen, wie Umar Fakhuri, Kamil Ayyad, Yusuf Yazbik und Rafi Khuri, gelang es diesen Bewegungen relativ große Teile der Bevölkerung anzusprechen und damit auch eine Basis für einen Neuanfang der Arabischen Linken zu legen (S. 112ff.). Dass diese in den späteren Auseinandersetzungen um die Staatsgründung Israels und den Aufstieg des arabischen Nationalismus in den 1950er-Jahren unterlagen, ist woanders nachzulesen. Nordbruchs Buch zeigt allerdings, dass die Gesellschaften Syriens und des Libanon mit dem Kriegsende 1945 durchaus über eine lebendige und starke antifaschistische und linke Öffentlichkeit verfügten und die folgende Geschichte damit keineswegs unabänderlich gewesen wäre.

Gotz Nordbruchs Buch ist damit nicht nur als eine brillante Arbeit zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges und der Rezeption des Faschismus in der Levante zu verstehen, sondern auch als ein wichtiges Werk um die politische Ausgangslage in der Region nach dem Krieg und vor der Staatsgründung Israels.

Thomas Schmidinger (Wien)

E-Mail: thomas.schmidinger@univie.ac.at

Emmerich Tálos

SOZIALPARTNERSCHAFT. Ein zentraler Gestaltungsfaktor in der Zweiten Republik, Innsbruck 2008, StudienVerlag, 142 S., 19,90 EUR.

Emmerich Tálos ist – gemeinsam mit Ferdinand Karlhofer – der Autor, der den politikwissenschaftlichen Diskurs über Österreichs Sozialpartnerschaft am stärksten bestimmt hat. Dieses Buch stützt sich, wie Tálos in der Einleitung schreibt, auf seine Erkenntnisse und Veröffentlichungen „in den vergangenen fünfundzwanzig Jahren“ (S. 8). Das Buch ist somit so etwas wie eine Summa, eine Gesamt-

schau über die Sozialpartnerschaft aus der Sicht eines Politikwissenschaftlers.

Was bei Tálos immer schon ein wichtiges Qualitätsmerkmal war, das ist seine Balance. Diese Balance lässt sich bei seinem neuen Buch abermals feststellen. Er hat nie zu denen gehört, die aus der Existenz der sozialpartnerschaftlichen Netzwerke die Qualität einer „Insel der Seligen“ ableiten wollten; noch zu denen, die – mit (vulgär-)marxistischer Begründung – die Sozialpartnerschaft als Flucht aus dem Klassenkampf denunzierten. Tálos vermeidet Vereinfachungen in die eine oder die andere Richtung. Das mag die unmittelbare mediale Verwertbarkeit seiner Arbeit beeinträchtigen. Aber das macht genau den Wert dieser und seiner anderen Arbeiten aus.

Tálos arbeitet die spezifischen historischen Voraussetzungen heraus, die vor 1945 als Vorstufen der Sozialpartnerschaft zu sehen sind – etwa das teilweise noch auf die Monarchie zurückreichende Kammersystem. Er sieht in der Geschichte der Monarchie, der Ersten Republik und des „autoritären Ständestaates“ aber keineswegs eine Schiene, die mit Notwendigkeit ab 1945 zur Sozialpartnerschaft geführt hätte. Auch in der Entwicklung ab 1945 wendet er sich gegen jeden Determinismus, indem er Widersprüche und Brüche aufzeigt – so etwa das 1951 gesetzlich eingerichtete Wirtschaftsministerium, dessen Scheitern an der Judikatur des Verfassungsgerichtshofes auch die Neigung befestigte, sozialpartnerschaftliche Weichenstellungen – etwa in Form der Einrichtung der Paritätischen Kommission und ihrer Unterausschüsse – in Zukunft im informellen, nicht legislativ geregelten Raum vorzunehmen.

Tálos unterstreicht, wie sehr die Sozialpartnerschaft als Teil der Politischen Kultur der Zweiten Republik zu sehen ist. Die „Verstetigung“ der Sozialpartnerschaft setzte nicht zufällig ein, als in der Schlussphase der ersten „Großen Koalition“ die Kompromissfähigkeit der beiden Großparteien rückläufig war. Die Sozialpartnerschaft war dann ja auch, ab 1966, eine Fortsetzung der „Großen Koalition“ mit anderen Mitteln. Die wirklich große Zeit der Sozialpartnerschaft war zwischen 1966 und 1986, als gesellschaftspolitische Kompromisse zwischen den beiden politisch-weltanschaulichen Lagern nicht auf der Ebene der Regierung, sondern auf der der Verbände erreicht werden mussten.

Tálos Erklärung für die allmähliche abnehmende Bedeutung der Sozialpartnerschaft ist überzeugend: Er sieht ganz allgemein die ab Mitte der 1980er-Jahre einsetzende Veränderung der sozioökonomischen Rahmenbedingungen als Ursache: Neue AkteurInnen (die nun rasch wachsende FPÖ, aber auch die Grünen) treten auf und der Spielraum national gestalteter (und damit von der Sozialpartnerschaft unmittelbar beeinflussbarer) Politik wird geringer.

Zurecht weist Tálos darauf hin, dass dieser Prozess des Bedeutungsverlustes aber keineswegs zu einem sich heute schon abzeichnenden Ende der Sozialpartnerschaft

führt. Allein schon die breite Akzeptanz der Sozialpartnerschaft in der Öffentlichkeit ist ein Grund dafür, dass die Parteien (und damit jede Regierung) auf das sozialpartnerschaftliche Netzwerk nicht zu verzichten bereit sind. Die Szenarien, die Tálos als „Ausblick“ zeichnet (S. 125), gehen daher von einer Verschlankung und/oder Segmentierung der Sozialpartnerschaft aus. Mit anderen Worten: Österreich wird weiterhin eine Sozialpartnerschaft haben. Diese wird, eben weil sie lebendig ist, zwar vielleicht oder wahrscheinlich in ihrer gesamten politischen Bedeutung schwächer sein – aber sie wird sein.

Anton Pelinka (Budapest/Wien)

E-Mail: anton.pelinka@ikf.ac.at

Christoph Hermann/Roland Atzmüller (Hg.)

DIE DYNAMIK DES „ÖSTERREICHISCHEN“ MODELLS.

Brüche und Kontinuitäten im Beschäftigungs- und Sozialsystem, Berlin 2009, edition sigma, 228 S., 19,90 EUR.

Österreichs arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Institutionen waren in den letzten Dekaden zahlreichen Veränderungen unterworfen. Gleichzeitig unterlagen aber auch die „Regelungsbereiche“ dieser Institutionen, d.h. die betroffenen Menschen bzw. deren Lebens- und Erwerbsarbeitssituationen, einem strukturellen Wandel. Diese Entwicklungen werden in der einschlägigen Literatur unter Begriffen wie „Erosion des Normalarbeitsverhältnisses“, „Individualisierung“, „Defamilisierung“ oder allgemein als geänderte Risikostrukturen zusammengefasst.

Dennoch weist das österreichische sozialpolitische Institutionengefüge bzw. das Zusammenspiel der verschiedenen Institutionen Kontinuitäten auf, welche es rechtfertigen, von einem österreichischen Pfad zu sprechen, der damit weitgehend als Vertreter des konservativ-korporatistischen Wohlfahrtsstaatsmodells beschrieben werden kann.

Der vorliegende Sammelband, herausgegeben und mit Beiträgen von MitarbeiterInnen der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA), befasst sich mit eben diesen Brüchen und Kontinuitäten des österreichischen Beschäftigungs- und Sozialsystems.

Der erste Beitrag von Christoph Hermann und Jörg Flecker beschreibt Rahmenbedingungen und Dynamik der Veränderungen des österreichischen Modells. Analysiert werden Einflüsse wie z.B. Privatisierung ehemals staatlicher Betriebe und öffentlicher Dienstleistungen, Internationalisierung bzw. Europäisierung und zunehmender Flexibilisierung des Arbeitsmarktes auf das österreichische arbeits- und beschäftigungspolitische Sicherungssystem. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass das österreichische Modell sowohl von bemerkenswerten Kontinuitäten (z.B. Kollektivvertragssystem) als auch Brüchen,

welche als Paradigmenwechsel in Richtung neoliberaler Wirtschaftspolitik zusammengefasst werden, gekennzeichnet ist.

Der zweite Beitrag, verfasst von Ingrid Mairhuber, beschäftigt sich mit Übergängen im Lebenserwerbsverlauf von Frauen und Männern. Dabei fokussiert sie auf drei Kategorien von Übergängen: Übergänge zwischen Nicht-Arbeit und Erwerbsarbeit, Übergänge zwischen Erwerbsarbeit unterschiedlicher Qualität sowie Übergängen zwischen Erwerbsarbeit und unbezahlter Versorgungsarbeit. Ergebnis dieses Vergleiches ist, dass in allen drei Kategorien Benachteiligungen für Frauen vorherrschen. Dies vor allem aufgrund von Einkommensunterschieden zwischen Frauen und Männern, der unverminderten Orientierung des Beschäftigungs- und Sozialsystems an traditionellen Erwerbsbiografien und der für konservative Wohlfahrtsstaaten typischen Überantwortung von Kinderbetreuungs- und Pflegearbeit in den familiären Bereich, welche zu 90 Prozent von Frauen geleistet wird.

Ein weiterer Beitrag von Jörg Flecker und Christoph Hermann analysiert Unterschiede zwischen Branchen (Altenpflege, Informationstechnik, öffentlicher Personennahverkehr) in Bezug auf Beschäftigungsentwicklung, Geschlechterdimension, den Anteil atypischer Beschäftigung, Lohnniveau und Qualifikationsniveau. Die Autoren schlussfolgern, dass Österreich als koordinierte Marktwirtschaft mit stark segmentiertem Beschäftigungssystem und zum Teil hohen Lohnunterschieden zwischen den Branchen angesehen werden kann.

Ein weiterer Text beschäftigt sich mit der betrieblichen Interessenvertretung in Österreich. Der Text fokussiert einerseits auf das Verhältnis von Betriebsräten und Gewerkschaften im Kollektivvertragssystem und, andererseits, auf die Funktion und Verteilung von Betriebsräten nach Branchen und Betriebsgrößen. Ergebnis der Analyse ist eine Konzentration von Betriebsräten auf Unternehmen mit 50 und mehr MitarbeiterInnen und einer zunehmenden Vertretungslücke aufgrund atypischer Beschäftigungsformen und betrieblicher Flexibilisierungen.

Christoph Hermann untersucht weiters die historische Entwicklung von Mindestlöhnen, institutionellen Rahmenbedingungen sowie die Präferenzen unterschiedlicher AkteurInnen in Bezug auf Mindestlöhne im Kollektivvertragssystem bzw. der Einführung gesetzlicher Mindestlöhne. Zu den Problemen bzw. Herausforderungen von Mindestlöhnen im Kollektivvertragssystem zählen weiterhin branchenspezifische Lohnunterschiede und der „gender-pay-gap“ sowie – wiederum – atypische Beschäftigungsformen.

Die beiden verbleibenden Beiträge behandeln jeweils ein spezifisches Politikfeld. Roland Atzmüller untersucht die Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik (AMP) und fokussiert insbesondere auf den Stellenwert aktiver AMP und das Zusammenspiel zwischen passiver und aktiver AMP. Dabei wird deutlich, dass eine Verschiebung von passiver AMP (Leistungskürzung, Verknüpfung von Leistungsbezug

mit Teilnahme an aktiven Maßnahmen, verschärfte Sanktionsregelungen) zu aktiver AMP (Ausweitung des Förderinstrumentariums und der Förderquote, Betonung der Aktivierung von Erwerbslosen) stattgefunden hat. Atzmüller kommt zu dem Schluss, dass die Hinwendung zu aktivierender AMP einhergeht mit der Disziplinierung erwerbsloser Menschen und der Umdeutung von Erwerbslosigkeit als Resultat individueller Defizite anstatt als Ergebnis makroökonomischer Prozesse bzw. beschäftigungspolitischer Entscheidungen.

Ingrid Mairhuber nimmt sich der Entwicklungen des Pensionssicherungssystems seit den 1980er-Jahren an. Dabei fokussiert sie auf die institutionellen Veränderungen als auch die Präferenzen der unterschiedlichen AkteurInnen (Parteien, Sozialpartner) in den jeweiligen Reformschritten. Diese Entwicklung ist geprägt von einer stetigen Verschärfung von Zugangs- und Leistungsbestimmungen sowie einem Abgehen vom Lebensstandardsicherungsprinzip innerhalb der staatlichen Pensionsvorsorge seit der Pensionsreform 2003.

Die einzelnen Beiträge sind gekennzeichnet durch reichhaltiges empirisches Material und kritische Analyse desselben. Weiters ermöglichen die verschiedenen Fokusse der einzelnen Beiträge eine umfassende Zusammenschau der Entwicklungen der Institutionen des österreichischen Beschäftigungs- und Sozialsystems sowie deren Kontexte. Von Interesse wäre ein abschließender Beitrag gewesen, welcher explizit die Interdependenzen der untersuchten Bereiche behandelt. Weiters vermisst wird die jeweilige theoretische Verortung der einzelnen Beiträge und die Herausarbeitung der Wirkungsmechanismen, sowie die damit verbundene theoriegeleitete Erklärung der aufgefundenen Ergebnisse. Dieser Sammelband stellt aber trotz dieser kritisch anzumerkenden Punkte insgesamt einen wertvollen Beitrag zur Literatur über österreichische Sozialpolitik dar und betont deutlich die Vielschichtigkeit und Multidimensionalität der Entwicklungen des Beschäftigungs- und Sozialsystems.

Peter Grand (Wien)
E-Mail: grand@ihs.ac.at

Martin Malek/Anna Schor-Tschudnowskaja (Hg.)
EUROPA IM TSCHETSCHENIENKRIEG. Zwischen
politischer Ohnmacht und Gleichgültigkeit, Stuttgart
2008, ibidem-Verlag, 516 S., 49,90 EUR.

Lipchan Bassajewa, eine tschetschenische Menschenrechtsaktivistin, Zeugin russischer Angriffe auf einen tschetschenischen Flüchtlingskonvoi und Anklägerin vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, beschreibt im Vorwort dieses Bandes die Lage in der Kaukasusrepublik folgendermaßen: „All die Jahre suchten die Menschen nach effektivem Schutz. Bewaffneter Widerstand, Flucht, Loyalität zu den neuen Herrschenden, Re-

signation, Apathie – das sind zwar die gängigsten, doch nicht alle Möglichkeiten. In seiner Mehrheit allerdings ist das tschetschenische Volk – also diejenigen, die in der Republik geblieben sind – heute mehr oder weniger desintegriert und demoralisiert.“ Wie es zu dieser tristen, aussichtslos scheinenden Situation kommen konnte, ohne dass der sogenannte Westen und die sogenannte Internationale Gemeinschaft viel dagegen unternommen hätten, damit beschäftigt sich dieser Sammelband, der insgesamt 18 Artikel von durchwegs hochkarätigen AutorInnen enthält.

In den einleitenden Beiträgen gehen die HerausgeberInnen Anna Schor-Tschudnowskaja und Martin Malek jeweils auf die Reaktionen des offiziellen Europas auf den Krieg in Tschetschenien und damit korrelierend auf das Verhältnis zu Russland ein. So fragt Schor-Tschudnowskaja, wie sich das demokratische Westeuropa weiterhin überzeugt auf die Menschenrechte berufen könnte, im Fall des Tschetschenienkriegs allerdings passiv und schüchtern agierte, so als hätte man nichts davon gewusst. Die Mär von zu wenig Information lässt Schor-Tschudnowskaja, sie ist selbst Mitglied der Menschenrechtsorganisation Memorial, nicht gelten, den Spitzenpolitikern wie auch den Bürgern Mittel- und Westeuropas wären mehr als genug Informationen vorgelegen, um das Vorgehen der russischen Führung im Nordkaukasus beurteilen zu können. Malek beschreibt die persönlichen Reaktionen der politischen Elite Westeuropas auf Tschetschenien, diese ergeben sich weitgehend direkt als Folge freundschaftlicher Beziehungen von Politikern wie Berlusconi, Chirac oder Schröder zu Wladimir Putin. Es gibt kaum Ansätze von Kritik aus diesen Ländern.

Näher auf die spezifisch deutsche Russlandpolitik unter Gerhard Schröder geht die Politikwissenschaftlerin Barbara Morlock ein. Sie geht sogar so weit, eine Mitverantwortung Deutschlands und seiner politischen VertreterInnen an der Tragödie im Nordkaukasus aufzuwerfen. Die Fernsehjournalistin Susanne Scholl hinterfragt in ihrem Artikel die Sinnhaftigkeit und Bedeutung journalistischen Arbeit in Kriegssituationen wie Tschetschenien. Mitunter leicht pathetisch, aber aufgrund ihrer Erlebnisse authentisch, schreibt sie: „Jeder Tote, den ich in diesen Jahren sehen musste – zum Glück nur auf verschiedenen Bildschirmen – ist für mich eine ganze Geschichte. Ist ein meist viel zu kurzes Leben, ist die Summe der Menschen, die um ihn weinen und ihn vermissen, ihm böse sind, die er getroffen und vielleicht auch gekannt, geliebt, gehasst, verachtet oder bewundert hat.“

Die Schriftstellerin Irena Brezná und Sarah Reinke von der NGO Gesellschaft für bedrohte Völker beschreiben in ihren Artikeln die Arbeit gegen Menschenrechtsverletzungen. Reinke in äußerst lebhafter Art, indem sie das intensive Engagement ihrer Organisation beleuchtet. Brezná hingegen auf sehr persönliche Weise, indem sie über ihr eigenes Leben und dessen Berührung mit Tschetschenien schreibt und der Beschreibung des Einsatzes von Zainap

Gaschaewa für Menschenrechte und Gerechtigkeit, die sie „zu mehreren Texten inspirierte“. Sie steht stellvertretend für viele andere unermüdliche TschetschenienaktivistInnen – einige davon führt Brezná an, bei Weitem aber nicht alle. Brezná kritisiert in ihrem zweiten Text mit dem vielsagenden Titel „Liebespost an Ramzan“ die deutsche Journalistin Barbara Lehmann als jemand, der Ramzan Kadyrow Honig ums Mail schmiert. Wenn man sich die Fakten ansieht, die Brezná in ihrem Beitrag sammelt, würde der interessierte und wissensdurstige Leser gerne an Barbara Lehmann die Frage stellen, welche Motivation ihr Handeln antreibt.

Die auf den ersten Blick etwas trocken wirkende Materie der Arbeit von Europarat und Europäischem Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hinsichtlich des Tschetschenienkriegs beleuchtet der Historiker Olaf Melzer sehr flüssig und auch für Nicht-JuristInnen durchaus gut lesbar. Er zieht ein düsteres Fazit, das „den Westen“ als dem EGMR und dessen Urteilen zu wenig Bedeutung schenkend anprangert, was in weiterer Folge Russland dazu veranlasst, keinen Grund zu sehen, seine Nordkaukasus-Politik zu ändern.

Eine außergewöhnliche, aber sehr spannende Sichtweise auf den Krieg in Tschetschenien entwirft Martin Malek in seinem Beitrag „Das Reden und Schweigen europäischer Intellektueller, Kunst- und Kulturschaffender zu Tschetschenien“, schließlich denkt man beim Anblick des Buchtitels „Europa im Tschetschenienkrieg – Zwischen politischer Ohnmacht und Gleichgültigkeit“ in erster Linie an politische und diplomatische Reaktionen bzw. deren Ausbleiben. Die Positionen der Intellektuellen, Kultur- und Kunstschaffenden, die Malek skizziert, variieren diametral. Auf der einen Seite stehen Antikriegsaktivisten wie die französischen Philosophen André Glucksmann und Bernard-Henri Lévy, der von einem „neokolonialistischen Krieg“ spricht. Auf der anderen Seite stehen – ebenfalls beides Franzosen – Kriegsbefürworter wie der Autor und ehemalige Kulturminister Frankreichs Maurice Druon, der etwa Anna Politkowskaja als „in Russland von niemand ernst genommen“ bezeichnet, sowie die bekannte Russland-Expertin Hélène Carrère d'Encausse. Sie warnt vor einer „Islamisierung Russlands“.

Bemerkenswert ist die Breite der Hintergründe der AutorInnen dieses Sammelbandes – von WissenschaftlerInnen über JournalistInnen hin zu DiplomatInnen und KünstlerInnen. „Europa im Tschetschenienkrieg“ von Martin Malek und Anna Schor-Tschudnowskaja ist ein Buch, das wichtig und notwendig ist, ein Buch, das sowohl Laien als auch jene, die sich mit der Thematik Tschetschenien näher beschäftigen, nachdenklich macht. Nachdenklich ob der kaum vorhandenen diplomatischen Reaktionen auf einen grausamen Krieg, der an Brutalität kaum zu überbieten war, auf einen – wie Lévy es nannte – stillen Genozid.

Herwig Schinnerl (Wien)

E-Mail: herwigschinnerl@yahoo.de

Helma Lutz

VOM WELTMARKT IN DEN PRIVATHAUSHALT. Die neuen Dienstmädchen im Zeitalter der Globalisierung, 2. – überarbeitete – Auflage, Opladen/Farmington Hills 2008, Verlag Barbara Budrich, 230 S., 19,90 EUR.

Als Beleg für die Veränderung der Geschlechterrollen in der postfordistischen Gesellschaft gilt oft die erweiterte Berufstätigkeit von Frauen. Es werden neue Wege der Vereinbarkeit von Familie und Arbeit „gerühmt“. Damit wird verdeckt, dass keine Transformation der geschlechtlich aufgeteilten Reproduktionsarbeit stattfindet, sondern dass Substitutionstätigkeiten an andere Frauen weitergegeben werden. In der Mittelschicht der Industriestaaten werden dafür vor allem MigrantInnen herangezogen. Genau mit diesem Phänomen setzt sich Helma Lutz in ihrem bereits in zweiter (überarbeiteter) Auflage vorliegenden Buch „Vom Weltmarkt in den Privathaushalt“ auseinander. Sie untersucht die Kontinuitäten und Diskontinuitäten in den Biografien der MigrantInnen, die sich im Laufe ihrer Migration für diese ergeben. Sie vertritt dabei die These, dass Haushaltsarbeit, eben nicht nur Haushaltsarbeit ist, sondern eine Menge an emotionalen Kompetenzen verlangt und dass die Kategorie des „Doing Gender“ durch die Weitergabe der Hausarbeit an MigrantInnen durch die Dimension des „Doing Ethnicity“ verstärkt wird.

Die zentrale Fragestellung des Buches lautet: „In welcher Weise beeinflussen Migrationserfahrungen Identitätsfragen?“ (S. 58) Helma Lutz knüpft damit an die aktuelle Intersektoralitätsdebatte (S. 41) an, die sich für die Einbeziehung der Kategorien „class“, „gender“, „race“ gleichermaßen stark macht und sie in Beziehung zu einander stellt. Dennoch erwähnt sie die Kategorie Klasse in weiterer Folge nur mehr als Randnote.

Zu Beginn gibt das Buch einen Einblick in „[d]ie neue Umverteilung von Haushaltsarbeit“. Lutz beschäftigt sich mit der geschlechtlichen Verteilung von Reproduktionsarbeit und der damit verbundenen feministischen Debatte. Reproduktionsarbeit wurde nicht wirklich zwischen den Geschlechtern aufgeteilt, sondern lediglich von Frau zu Frau weitergegeben (S. 15–27). Sie identifiziert dabei den „Privathaushalt als Weltmarkt für weibliche Arbeitskräfte“. Sie greift hier den Begriff der „global woman“ von Barbara Ehrenreich und Arlie Hochschild auf, der sehr treffend ist für die Beschreibung der Migrantin, die weit weg von ihrem Heimatland im Privathaushalt ihre Arbeit verrichtet. Sie beschäftigt sich mit der „weiblichen Seite“ der Migration, die oft mit der Inkaufnahme einer transnationalen Mutterschaft und starken Schuldgefühlen verbunden ist. Die Migration von Frauen und die damit verbundenen Remissionen, die sie an ihre Familie in ihren Herkunftsländern schicken, sind andererseits für die Wirtschaft von enormer Bedeutung und zuweilen höher als die Entwicklungshilfe, die dem Land zuteil wird (S. 209). Der Rückzug der Wohlfahrtsstaaten in den Industrie-

ländern leistet der Migration über die enorme Nachfrage an „domestic workers“ Vorschub. Wichtig für die Analyse der Auswirkungen dieser „neuen“ Migrationsbewegung ist die Untersuchung des Geschlechter-, Migrations- und Wohlfahrtsregimes und deren Beziehung zueinander (S. 29–41).

Lutz beschreibt ausführlich die angewandten Forschungsmethoden, sowie das „sample“. Sie stützt sich auf eine qualitative Studie, in der 27 ArbeitnehmerInnen und 19 ArbeitgeberInnen befragt wurden, und verweist darauf, dass eine zusätzliche quantitative Studie notwendig wäre, um das Thema ausführlich erfassen zu können (S. 43–60).

Das Buch setzt sich, anhand von Passagen aus den Interviews, die die zu verrichtende Arbeit und die dazu notwendigen Arbeitskompetenzen beschreiben, mit der Hausarbeit auseinander, die alles andere als „ein ganz normaler Job?“ ist. Es wird herausgearbeitet, dass vor allem die Grenzziehung zwischen ArbeitgeberIn und ArbeitnehmerIn eine wichtige Rolle für ein dauerhaft funktionierendes Arbeitsverhältnis spielt. Die Betonung der Professionalisierung der Haushaltsarbeit wertet sie zwar auf, sie kann jedoch nicht über die asymmetrischen Machtverhältnisse hinwegtäuschen (S. 61–91).

Lutz spricht auch das besonders sensible Thema der Ausbeutung an. Im Abschnitt „Ausbeutungsverhältnis oder Vertrauensgemeinschaft? Beziehungsarbeit im Haushalt“ wird darauf hingewiesen, dass im Privatbereich keine Verträge bestehen und daher beide Parteien einen Vertrauensvorschuss geben müssen, obwohl sich die ArbeitnehmerIn in einer ungleich prekäreren Situation befindet, da diese oft weder eine Aufenthalts- noch eine Arbeitserlaubnis besitzt. Trotzdem sind beide um ein relatives Egalitätsverhältnis bemüht, das realiter nicht besteht, da sich im Bereich der Haushaltsarbeit die Komponente des „Doing Gender“ mit der des „Doing Ethnicity“ kreuzt und so Machtasymmetrien verstärkt (S. 93–124).

Auch der Aspekt der „[t]ransnationale[n] Mutterschaft“ wird berücksichtigt. Lutz betont, dass die meisten Frauen keine lebenslange Emigration beabsichtigten und als Hauptmotiv oft die Verbesserung der Situation ihrer Kinder angegeben wird. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit transnationalen Familien hat jedoch gerade erst begonnen. Es herrscht dabei ein Spannungsverhältnis zwischen der Realität der postmodernen Familienverhältnisse und dem vorherrschenden Familienbild, das migrierende Frauen einem Legitimationsdruck aussetzt. Transnationale Mutterschaften erfordern enorme Kosten, einerseits auf emotionaler, aber ebenso auf ökonomischer Ebene, um diese körperliche Entfernung zu überbrücken. Die Migration von Frauen wird selbst in den Herkunftsländern nicht durchwegs positiv beurteilt, sie führt auch dort zu keiner Umverteilung der Geschlechterrollen, die Versorgung der zurückgelassenen Kinder wird an andere weibliche Familienmitglieder weitergegeben (S. 125–167).

Neben den Schuldgefühlen und der ökonomischen Verantwortung gegenüber der Familie, sind auch die Lebensbedingung im Zielland oft nicht unkompliziert, vor allem das „Illegal-sein“ kann zu einer starken psychischen Belastung werden. Die Begrifflichkeit ist bewusst so gewählt, da Illegalität den Zustand der MigrantInnen nicht angemessen beschreibt, der auf europäischer Ebene mit Irregularität umschrieben wird. „Illegal-sein“ wird als Folge von Illegalität gesehen. Der Anstieg der Immigration nach Europa führt zu einer Verschärfung der Migrationspolitik. Besonders in Deutschland besteht die Möglichkeit, einen dauerhaft legalen Aufenthaltsstatus zu erhalten über die Heirat mit einer/m deutschen StaatsbürgerIn. Die größten Probleme im Zusammenhang mit dem „illegal-sein“ gibt es im Bereich der Bildung, Gesundheitsversorgung und der Wohnungssuche (S. 169–199). Es lässt sich festhalten, „dass der Umgang mit Illegalität stark variiert und weniger mit ethnischer oder nationaler Herkunft zusammenhängt, als vielmehr mit dem (erfolgreichen) Rückgriff auf biographische Ressourcen“ (S. 199).

Abschließend setzt sich Helma Lutz mit „MigrantInnen in der Globalisierungsfalle?“ auseinander. Sie gibt einen kurzen Rückblick über die Erkenntnisse der vorangegangenen Kapitel und stellt fest, dass es keine klare Trennung zwischen sachbezogener und Emotionsarbeit im Privathaushalt gibt und dass diese Arbeit gegenseitige Interdependenzen erzeugt. Der Anerkennung dieser Tätigkeit als Erwerbsarbeit steht vor allem ihre weibliche Vergeschlechtlichung sowie die strukturelle Abwertung, der sie unterzogen wird, im Weg. Die Verlagerung von Arbeit in den Privatraum erodiert die Grenze zwischen öffentlichem und privatem Raum und muss mittels Grenzziehungsarbeit neu ausgehandelt werden. Um die neu produzierten Ungleichheiten der Globalisierung zu bekämpfen, müssen sich das Geschlechter-, Migrations- und Wohlfahrtsregime verändern (S. 201–210).

Das Buch gibt direkte Einblicke in den Privathaushalt und erlaubt eine sehr realitätsnahe und sensible Herangehensweise an die migrantische Situation. Da das Thema nach wie vor ein Tabu bildet und mit Existenzbedrohungen für die Haushaltsarbeiterinnen einhergeht, ist der Feldzugang natürlich beschränkt und kann eben nur einen Einblick bieten, der es dem/der Außenstehenden nicht ermöglicht zu ermessen, inwieweit die theoretischen Annahmen des Buches wirklich zutreffen, bzw. einfach selektive Interviewausschnitte zur Verifikation der Hypothesen herangezogen werden. Als Einstieg in dieses Forschungsfeld eignet sich das Buch jedoch hervorragend. Allerdings sollte es, wie Helma Lutz selbst feststellt, durch quantitative Studien ergänzt werden, um ein repräsentatives Bild zeichnen zu können.

Victoria Frieser (Wien)

E-Mail: viktoria_frieser@yahoo.de

Sabine Schiffer/Constantin Wagner

ANTISEMITISMUS UND ISLAMOPHOBIE. Ein Vergleich, Wassertrüdingen 2009, HwK-Verlag, 260 S., 24,80 EUR.

Warum Islamophobie mit Antisemitismus vergleichen? Erstens – so die AutorInnen –, weil die Analyse des Antisemitismus die weitestentwickelte Vorurteilsforschung darstellt. Zweitens sei das Phänomen des Antisemitismus im deutschsprachigen Raum einem breiten Leserkreis bekannt und drittens sei die menschliche Katastrophe, in die er gemündet hat, vielen Menschen präsent. Weiters habe es die Antisemitismusforschung geschafft, die Frage des Judentums von der des Antisemitismus zu trennen, was bei den beiden Gegenständen Islam und Islamophobie noch nicht geschehen sei (S. 69, 71, 160).

Die Sprachwissenschaftlerin Schiffer und der Soziologe und Religionswissenschaftler Wagner verzichten vor dem Hintergrund der weitgehenden Leugnung des Phänomens der Islamophobie in Deutschland weitgehend auf eine eingehende Begriffsdebatte (S. 81). Sie konstatieren hingegen eine Ritualisierung der Erinnerung im Bezug auf das Erinnern an den Nationalsozialismus, ohne die tiefergehenden Lehren daraus zu ziehen (S. 11). Im Gegenteil vermissen sie die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem diskriminierenden (antisemitischen, Anm. des Autors) Diskurs (S. 29), den sie in der Analyse des Islamdiskurses in Deutschland vielfach reproduziert sehen.

Die AutorInnen setzen kein Ist-Gleich zwischen Antisemitismus und Islamophobie. Enorme Parallelen sehen sie aber in der diskriminierenden Diskursivierung von Islamophobie und Antisemitismus (bereits vor der Zeit des Nationalsozialismus). So sei beiden Phänomenen die „Selektion negativer Eigenschaften“ bei Einzelphänomenen, die bei gleichzeitiger Dramatisierung und Auslassung von selektierten Fakten zur Beweislage generalisiert werden, gemein (S. 73). Diskursive Parallelen würden die Unterstellung der Unloyalität von Juden/Jüdinnen und MuslimInnen zum Staat, die Kontrolle ihrer Bücher, Predigten und des Religionsunterrichts, die Forderung nach Anpassung, Schächtthematik und Speisegesetze und die Unterstellung einer Weltverschwörung (S. 170), lächerlich machende Benennungen (S. 167) und empathische Begriffs-kombinationen („Terror-Scheich“, „Pumpgun-Moslem“ und „Bühnen-Diktator“ oder „Relativitäts-Jude“) (S. 141f.) sowie die Heranziehung von Schriften und Lehren zur Verifizierung von Verschwörungstheorien (S. 90) bilden.

Einen signifikanten Unterschied gebe es dennoch zwischen Antisemitismus und Islamophobie, so die AutorInnen: Während die wichtigste Grundlage im Hass und der Vernichtung der Juden grundsätzlich in ihrem Jüdisch-Sein verankert war, diene die Diskriminierung von MuslimInnen bestimmten Interessen und sei nicht selbsterklärend (S. 71f.). Ein weiterer Unterschied zwischen dem Antisemitismus und der Islamophobie sei, dass Erstere auf offizieller politischer Ebene weitgehend verpönt sei, Zweitere im Gegensatz dazu aber hofiert wird, während Bildungs-

eliten im historischen Vergleich weder vor Antisemitismus noch vor der Islamophobie immun waren und sind (S. 119ff., 140). Die sogenannte „Islamkritik“, ein positiver gewandelter Begriff für die Islamophobie, vereine zudem die unterschiedlichsten und widersprüchlichsten Fraktionen: neoliberale, christlich fundamentalistische, feministische, rechtsextreme und linksextrem agierende Gruppierungen (S. 123f.). Die „Islamkritiker“, die im umgekehrten Sinne MuslimInnen und IslamistInnen als neue Nazis darstellen, werden dabei nicht nur von staatlicher Stelle hofiert. Ihre Gedanken werden auch in das bildungspolitische Programm aufgenommen und dadurch verbreitet (S. 144f.).

Ein Dilemma bei der Islamophobie wäre, dass in Einzelfällen terroristische TäterInnen sich der gleichen islamischen Symbolik bedienen wie andere MuslimInnen, was es für Außenstehende schwer macht, zu unterscheiden, wo nun von Islamophobie die Rede sein könnte und wo hingegen ein Problem mit der Religion des Islams verknüpft sei (S. 79). Dieser Unterschied sei insofern signifikant, als im Antisemitismus zwar vereinzelte Beispiele von reichen Juden herangezogen wurden, um das internationale Kapital als jüdisch zu markieren und eine Weltverschwörung auszumachen, diese aber sich im Gegensatz zu einem Bin Laden nicht selbst mithilfe ihrer religiösen Überzeugung markierten.

Die Interessen, die hinter der Benützung von Islamophobie stehen, sind in erster Linie politische: Die Rechtfertigung von „Sicherheits“-Gesetzen im Inland und die Legitimierung von Kriegen im Ausland (S. 67). Der Rechtsstaat würde im Zuge der ständigen Diskursivierung der islamistischen Gefahr ausgehöhlt werden (S. 114). Hierfür werden Islamisten als die Nachfolger der Nazis dargestellt (S. 146). Der hierfür verwendete Verweis auf den neuen Antisemitismus könne für die eigene Entlastung missbraucht werden (S. 173). Wenn auch manche MuslimInnen selbst sich des Antisemitismus bedienen und manche Juden/Jüdinnen sich der Islamophobie bedienen (S. 179–183), so würde auch diese Konfrontationsstellung zwischen Juden/Jüdinnen und MuslimInnen bestimmten geostrategischen Interessen zuarbeiten (S. 190). Hierbei würde v.a. die Mitbeschuldung Deutschlands am Israel-Palästina-Konflikt geleugnet und ihre Mitbeteiligung ausgeschlossen, um den Konflikt zu einem Konflikt zwischen zwei Religionsgruppen zu machen. Die Islamdebatten sind also Ersatzdebatten, so Schiffer und Wagner (S. 84). Sie würden geführt, um Menschen mittels ihrer Angst gegeneinander auszuspielen und von den wirklichen lebensnotwendigen Interessen aller Menschen abzulenken (S. 211).

Die zukunftssträchtigen Fragen sind die nach einem alternativen Gegendiskurs. Dieser bediene sich derzeit fälschlicherweise der Diskussion um die Religion und gebe dem derzeitigen islamophoben Diskurs eine stark religiöse Konnotation (S. 149ff.). Dieser Relevanzsuggestion von Religion zu entgehen, sehen die AutorInnen als eine wich-

tige Aufgabenstellung für die Zukunft (S. 186). Insofern sei die Lösung nicht in „islam sensitiven“ oder „interkulturellen“ Schulungen, sondern durch die Vermittlung von soziologischem, psychologischem und medienrelevantem Wissen in den Bildungseinrichtungen zu suchen (S. 166). Eine Schwierigkeit bei der Findung eines alternativen Diskurses sei es, dass antirassistische Diskurse im Allgemeinen oftmals versteckt auf rassistische Denkmuster zurückgreifen, indem sie sich auf die Binarität von „wir“ und „ihr“ beziehen (S. 161).

Dieses fundamentale Werk bildet mit Sicherheit einen Meilenstein in der Islamophobie-Forschung. Schiffer und Wagner haben sich mit diesem Werk erstmals an eine oft tabuisierte Fragestellung herangetraut. Das Material, das Schiffer und Wagner zur vergleichenden Analyse heranziehen, ist dabei sehr umfangreich und bildet eine übersichtliche Zusammenfassung verschiedenster Einzelstudien zu Analysen über den Antisemitismus und das Islambild in Medien, Literatur und Politik. Das Werk ist im Allgemeinen leicht lesbar. Nur im vierten der sechs Kapitel werden Begrifflichkeiten aus der Sprachwissenschaft ohne vorhergehende Erläuterung vorausgesetzt, was für Laien in diesem Bereich etwas mühsam sein könnte.

Farid Hafez (Wien)

E-Mail: farid.hafez@univie.ac.at

Nicole Kaspari

GERHARD SCHRÖDER – POLITICAL LEADERSHIP IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN MACHTSTREBEN UND POLITISCHER VERANTWORTUNG, Reihe Politik und Demokratie, herausgegeben von Helmut Kramer und Eva Kreisky, Band 14, Frankfurt am Main 2008, Peter Lang, 409 S., 39,80 EUR.

Nicole Kaspari hat in ihrer nun in leicht gekürzter Fassung vorliegenden Dissertation die politische Biografie Gerhard Schröders mit einem anspruchsvollen theoretischen Ansatz verbunden: Fast ein Viertel des Buches ist der theoretischen Reflexion und Einordnung der Arbeit gewidmet. In ihrem theoretischen Diskurs stellt sich Kaspari dem Vorwurf, dass der Begriff „Leadership“ nur allzu oft als dünne Decke verwendet wird, um eine ansonsten theorielose Arbeit mit einem bestimmten theoretischen Anspruch zu versehen. Kaspari erweist sich in diesen ersten 80 Seiten ihrer Arbeit jedenfalls als gute Kennerin des einschlägigen Diskurses, wobei – aus guten Gründen – die funktionale Begrifflichkeit von James MaGregor Bruns sehr deutlich hervorgehoben wird.

Der Brückenschlag zwischen dem theoretischen Anspruch und dem empirischen Charakter – eben der politischen Biografie – kann als zumindest teilweise geglückt bezeichnet werden. Das theoretische Gerüst hilft Kaspari, den Ablauf der Karriere Schröders systematisch einordnen

zu können. Doch es bleibt – wohl unvermeidlich – ein Defizit: Wenn Kaspari in ihrem Schlusskapitel immer wieder vom „Schröderschen Leadership-Stil“ schreibt, so hätte dieser Begriff ohne Probleme auch „Führungsstil“ benannt werden können. Damit wäre aber die Begrenztheit des „Leadership“-Konzepts überdeutlich geworden.

Dass Kaspari dabei – wiederum: aus guten Gründen – an diesem Stil kritisiert, er sei „nicht aufgrund einer demokratischen innerparteilichen politischen Willensbildung von unten nach oben, sondern umgekehrt von oben nach unten“ (S. 387) vollzogen worden, geht an einem von Maurice Duverger schon vor Jahrzehnten festgestellten Dilemma (westlich-liberaler) Demokratie vorbei: Im Zweifel ist der Demokratiecharakter eines Parteiensystems nicht durch inner-, sondern durch zwischenparteiliche Demokratie gewährleistet; das heißt durch die Fähigkeit, Wahlen zu gewinnen. Und dass Schröder diese Legitimierung besaß, hat er bewiesen – wie kein SPD-Politiker seit Helmut Schmidt und keiner nach Gerhard Schröder.

Diese kritische Anmerkungen ändern nichts daran, dass Nicole Kaspari eine überaus eindrucksvolle Arbeit gelungen ist: Sie schlägt eine Brücke von den Karriereanfängen des Jungsozialisten über seine dominante Position im Land Niedersachsen bis hin zu seinem Aufstieg zum Kanzlerkandidaten, Bundeskanzler und schließlich Parteivorsitzenden. Dass Kaspari dabei auch „Profilierung durch Populismus“ feststellt (S. 142–146), ist ebenso gut begründet wie eigentlich selbstverständlich: Auch die (vor allem zweite) Karriere von Schröders innerparteilichem Widersacher, von Oskar Lafontaine, ist von Populismus charakterisiert. Dass populistische Stilelemente offenbar unverzichtbarer Teil des politischen Aufstiegs insbesondere aus einer Oppositionsrolle heraus sind, das macht keineswegs Schröder allein vor: Sein Populismus ist eine zeitgeistige Selbstverständlichkeit, die den Aufstieg Tony Blairs und Nicolas Sarkozys ebenso begleitet hat wie den Werner Faymanns.

Es sind die vielen, systematisch zusammengetragenen empirischen Befunde, die den Wert des Buches ausmachen. Und es ist die systematische Einbettung dieser Befunde in ein Gesamtbild des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Hier sind die im theoretischen Einstieg gewonnenen Begrifflichkeiten hilfreich – wenn Kaspari etwa zwischen dem „Party Leader“, der Regierungspraxis und der „Public Leadership“ unterscheidet (S. 205–330). Dadurch wird der politikwissenschaftliche Charakter der gesamten Arbeit deutlich – sie geht über die Deskription der Kanzlerschaft Schröders hinaus, indem sie diese Kanzlerschaft in Strukturen und Funktionen ausdifferenziert.

Ob das Bild, das Kaspari von Gerhard Schröder zeichnet, den Politiker und Menschen Schröder nun sympathisch macht oder nicht, muss dahingestellt bleiben. Im Buch geht es ja auch nicht um die Evaluation nach Sympathiewerten. Diese werden – unter den Rahmenbedingungen einer Demokratie – letztlich immer bei Wahlen vergeben.

Was Kaspari deutlich gemacht hat, das sind die Voraussetzungen und Folgen von Wahlsieg und von Regierungstätigkeit; und wie hoch der Preis ist, der dafür zu zahlen ist – vor allem in der Widersprüchlichkeit zwischen dem Anspruch, der vor Wahlen formuliert wird, und der Wirklichkeit, die das Regieren dann bestimmt.

Von Peter Pulzer stammt der Satz, das leitende Handlungsinteresse eines Politikers (einer Politikerin) sei es, „to survive until next Tuesday“. Dass und wie Schröder so lange an der Spitze der deutschen Regierung – als siebenster Bundeskanzler und als dritter aus dem Reihen der SPD – überleben konnte; welchen Preis er dafür zu bezahlen hatte – das alles macht dieses Buch deutlich.

Anton Pelinka (Budapest/Wien)
E-Mail: anton.pelinka@ikf.ac.at

Helga Amesberger/Brigitte Halbmayr

DAS PRIVILEG DER UNSICHTBARKEIT. Rassismus unter dem Blickwinkel von Weißsein und Dominanzkultur, Wien 2008, Braumüller, 200 S., 24,90 EUR.

Dass die in der Neuzeit erfundenen Menschenrassen nicht existieren, ihre Konstruktion nichtdestotrotz wirkungsmächtig ist, mag für SozialwissenschaftlerInnen mittlerweile ein alter Hut sein. Die kritische Auseinandersetzung mit dem „eigenen Weißsein“ ist dennoch eine neuere Entwicklung aus den USA, die in der Form der „Critical Whiteness Studies“ (CWS) erst in den letzten Jahren nach Europa „überschwappt“. Die kritische Auseinandersetzung mit „Weißsein“ setzt sich mit dem Ursprung der Rassifizierung auseinander und etablierte seit den 1980er-Jahren einen Paradigmenwechsel in der angloamerikanischen Rassismusforschung. Forschungen in der Tradition der CWS richten ihren Blick weniger auf die Objekte des Rassismus, als auf die Subjekte und Strukturen, die Rassismus verursachen und von rassifizierenden Prozessen profitieren. Um diesen Ansatz zu beschreiben, verwenden Helga Amesberger und Brigitte Halbmayr Begrifflichkeiten aus den US-Diskursen, die sie nicht ins Deutsche übersetzen. Die Konnotationen des deutschen Begriffs „Rasse“ werden so zum Beispiel mit dem Begriff „race“ vermieden. TheoretikerInnen der CWS gehen demnach nicht nur davon aus, „dass race eine biologische Fiktion ist, die aber soziale, ökonomische, kulturelle und politische Realitäten geschaffen hat“, sondern arbeiten auch die „Verbindung der Idee von race mit Hierarchie und Ungleichheit“ heraus (S. 37). Whiteness wäre demnach mehr als nur eine Hautfarbe, sondern auch ein soziales Verhältnis.

Erst in den letzten Jahren werden diese Ansätze auch im deutschsprachigen Raum rezipiert. In Österreich wurde eine erste Arbeit, die auf diesen Ansatz zurückgreift, mit Vida Bakondys und Renée Winters Auseinandersetzung mit Afrikarepräsentationen im Österreich der 1950er Jahre vorgelegt („Nicht alle Weißen schießen“, Innsbruck,

2007). Die Autorinnen arbeiteten sich dabei an einem konkreten Film ab, für dessen Beurteilung sie sich auch theoretischer Ansätze aus den Critical Whiteness Studies bedienten.

Helga Amesberger und Brigitte Halbmayr legen mit ihrem neuen Buch nun erstmals eine umfassende Einführung in diese rezente Theoriedebatte vor, die sie für die deutschsprachige Scientific Community nutzbar machen wollen, deren Grenzen sie aber auch in einem Vergleich mit dem Dominanzkulturanatz sichtbar machen. Neben der Einführung in die Debatte in den USA wird die noch junge deutschsprachige Debatte beschrieben. Dabei stellt sich für den deutschsprachigen Raum ein Problem verschärft, das auch in den Debatten der CWS in den USA sichtbar wird, nämlich die Problematik der bipolaren Sicht auf Weiße bzw. Schwarze. Amesberger und Halbmayr konstatieren (S. 142f.): „Ähnlich wie die CWS in den USA etwas ratlos im Umgang mit Hispanics, Asian Americans, Native Americans etc. sind, fällt es auch den Weißseinsdiskursen in Deutschland und Österreich schwer, MigrantInnen, Flüchtlinge, anerkannte Minderheiten wie etwa die Roma in Österreich innerhalb dieses Diskurses zu verorten. Sind dann die TürkInnen, KurdInnen, SerbInnen, KroatInnen, Roma und Sinti mit den Schwarzen zu den Nicht-Weißen Österreichs zu zählen? Welche Bezeichnungen gäbe es für sie, soll nicht die normsetzende Gruppe im Namen (Nicht-Weiße) die Differenz bekunden?“

Dementsprechend ziehen die Autorinnen schließlich das Konzept der Dominanzkultur nach Birgit Rommelspacher dem der CWS vor: „In diesem werden die unterschiedlichen Dimensionen von Diskriminierung in einen theoretischen Rahmen gefasst. Zudem erlaubt es, die politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Strukturzusammenhänge, historisch wie aktuell, in die Matrix einzubeziehen. Deutlich wird auch, dass es keine Haupt- und Nebenkongfliktlinien gibt, sondern die unterschiedlichen Dimensionen von einer zivilisatorischen Grundhaltung bestimmt sind, die über Sozialisation weitergegeben und gefestigt wird“ (S. 146). Die Fokussierung auf Weißsein greife aus Sicht der Autorinnen zu kurz. Eine bloße Übernahme des US-amerikanischen Diskurs der CWS wäre damit für Österreich problematisch. Schließlich wäre der Begriff der Rasse als empirische Gesellschaftskategorie hierzulande unbrauchbar (S. 178). Allerdings lägen in beiden Ansätzen noch Entwicklungspotenziale für die deutschsprachige und damit auch für die österreichische Rassismusforschung. Potenzial sehen die Autorinnen hier etwa für die politikwissenschaftliche Genderforschung. Dabei wäre eine „Revision“ im Hinblick auf Rassismen notwendig: „Eine whiteness-kritische Perspektive – noch besser, eine dominanzkritische, die die unterschiedlichsten Dimensionen von Dominanz ins Visier nimmt – würde ermöglichen, Wissenschaft hinsichtlich rassistischer Komponenten und Bedeutungsinhalten in ihren Grundlagen, Begriffen und Konzepten zu hinterfragen. So wie die feministische Politikwissenschaft den inhärenten Androzent-

rismus vieler Schlüsselbegriffe und Konzepte aufgedeckt hat, so wäre es auch notwendig, diese auf ihre eurozentristischen Inhalte hin zu analysieren.“ (S. 180)

Der ebenfalls eingeforderten dominanzkritischen Perspektive in der empirischen und angewandten Forschung kann nur zugestimmt werden. Vorerst bleibt dies jedoch ein wichtiges Programm, das erst umzusetzen ist.

Als Einführung in die CWS und den Dominanzkulturan-satz ist das Buch von Amesberger und Halbmayr mit Sicherheit bestens geeignet. Die schließlich formulierten Forderungen an den deutschsprachigen und insbesondere an den österreichischen Diskurs können jedoch allenfalls als erste Überlegungen gelesen werden. Gerade die Spezifika einer postnationalsozialistischen Gesellschaft müssten hier insbesondere in Bezug auf die Unterschiede zwischen Antisemitismus, Rassismus und anderen Ressentiments noch wesentlich detaillierter herausgearbeitet werden, um dieses ambitionierte Forschungsprogramm präziser und schließlich in empirischen Forschungen auch umsetzbar zu machen.

Thomas Schmidinger (Wien)

E-Mail: thomas.schmidinger@univie.ac.at

Alexander Brenneis

DAS PARLAMENARISCHE SYSTEM IN SLOWENIEN UND ÖSTERREICH IM VERGLEICH, Grazer Rechtswissenschaftliche Studien, herausgegeben von Markus Steppan und Helmut Gebhardt, Bd. 63, Graz 2009, Verlag Leykam, 207 S., 19,40 EUR.

In dieser Studie, die sowohl politik- wie auch rechtswissenschaftliche Ansätze verbindet, vergleicht Brenneis die politischen Systeme der beiden Nachbarstaaten. Dabei konzentriert er sich auf Parlamente, Gesetzgebungsverfahren und Parteien.

Die Parallelen sind sehr deutlich: Beide Systeme folgen dem Grundprinzip parlamentarischer Systeme; beide sind durch ein unechtes, asymmetrisches Zweikammernsystem gekennzeichnet; in beiden erfolgt – in einem gewissen Widerspruch zum parlamentarischen Charakter – die Wahl des Staatspräsidenten durch direkte Volkswahl; in beiden

wird die erste Kammer nach den Grundsätzen der Verhältniswahl bestellt; und in beiden ergänzen Volksbegehren und Volksabstimmung den grundsätzlich repräsentativen Charakter des Gesetzgebungsverfahrens.

Brenneis zeigt diese prinzipiellen Parallelen und die dennoch vorhandenen Unterschiede – so ist der Zugang zu den Instrumenten der direkten Demokratie in Slowenien leichter als in Österreich – systematisch auf. Dass die Arbeit auch einen rechtswissenschaftlichen Charakter aufweist, wird durch die oft textbuchartige Darstellung des institutionellen Gefüges unterstrichen, was der Nachvollziehbarkeit dient, ohne dass damit der eben auch politikwissenschaftliche Charakter leidet.

Die Unterschiede der politischen Systeme der beiden Nachbarstaaten werden im Parteiensystem deutlich. Slowenien ist seit seiner Unabhängigkeit, seit 1991, nie in der Intensität Parteienstaat, wie dies Österreich war und nach wie vor ist – und wie sich ja aus der Entwicklung der Verfassung und des politischen Systems ablesen lässt.

Für österreichische LeserInnen, die mit Slowenien nicht oder noch nicht vertraut sind, bietet das Buch gerade in seinem Parteienkapitel interessante Einblicke: So hat Slowenien eine gesetzlich vorgesehene parlamentarische Vertretung der italienischen und der ungarischen Minderheit im Parlament – eine demonstrative Minderheitenfreundlichkeit, wovon z.B. Kärnten etwas lernen könnte; und so gibt es einen „traditionellen Antagonismus Katholizismus-Antikatholizismus“ (S. 174), der sich quer zum Links-Rechts-Spektrum legt und mit dafür verantwortlich ist, dass das slowenische Parteiensystem zersplitterter ist als das österreichische. Brenneis stellt dazu fest: „Den slowenischen Parteien ist es (anders als SPÖ und ÖVP in Österreich) offenbar weniger überzeugend gelungen, vom ‚Gründungsmythos‘ längerfristig zu profitieren und ihre Bedeutung für die Erlangung der Unabhängigkeit auf Dauer hervorzuheben.“ (S. 176)

Angesichts der Entwicklungslinien des österreichischen Parteiensystems scheint die Gegenwart des slowenischen Parteiensystems etwas von der Zukunft des österreichischen aufzuweisen.

Anton Pelinka (Budapest/Wien)

E-Mail: anton.pelinka@ikf.ac.at